



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus der Landesregierung

Liebe Leserinnen und Leser,

meine Arbeit für unsere Heimat und Sie persönlich fallen in eine Zeit enormer Krisenverdichtung. Die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, Lieferkettenprobleme, Inflation, eine drohende Rezession und der Klimawandel stellen uns als Gesellschaft insgesamt vor große Herausforderungen. Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind auch in den öffentlichen Haushalten deutlich spürbar.

Es ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe, den Menschen zu helfen, dass sie sich das normale Leben trotz Preissteigerungen noch leisten können. Ein Energiepreisdeckel für Strom, Gas und Wärme ist genau so wichtig, wie eine zielgenaue Entlastung der Bürgerinnen und Bürger verbunden mit der Frage, wer gebraucht wirklich Hilfe. Eine „Gießkannenpolitik“ ist hier wenig zielführend.

Darüber hinaus arbeitet die schwarz-grüne Koalition in NRW weiterhin mit ganzer Kraft an der Umsetzung ihrer politischen Ziele und dieses jetzt seit gut 100 Tagen.

Der im September dem Landtag vorgelegte Nachtragshaushalt 2022 stellt mit Nachdruck unter Beweis, dass die Zukunftscoalition von CDU und Grünen die Herausforderungen gemeinsam mit Ministerpräsident Hendrik Wüst und dem ganzen Team der Landesregierung entschlossen angeht. Mit klarem Kurs, Zuversicht, Augenmaß und Tatkraft.

Es wird zusätzlich in die Innere Sicherheit und eine „starke Polizei“ investiert, damit so genannte „Cybercops“ auch im Internet auf Streife gehen könnten. Die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 13 sind für unsere Lehrerinnen und Lehrer ein klares Signal der Anerkennung und Wertschätzung. Wir weiten aus humanitärer Solidarität die Maßnahmen zur Unterstützung von Flüchtlingen aus der Ukraine aus und stellen die Weichen, damit Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas werden kann..

Doch das Land tut noch viel mehr. Mit diesem Newsletter will ich Sie gerne über die aus meiner Sicht wichtigsten politischen Initiativen und Maßnahmen informieren. Wie immer gilt, dass es sich dabei nur um eine Auswahl handelt. Ich wünsche Ihnen für jetzt eine gute Information und wünsche Ihnen und Ihren Lieben auch für die vor uns liegende Zeit Zuversicht und immer gute Gesundheit.

Herzliche Grüße

Ihr
Daniel Hagemeyer MdL

Nachtragshaushalt 2022: Zukunftscoalition stellt wichtige Weichen

Mit dem Nachtragshaushalt werden nach einem Regierungswechsel traditionell formal notwendige Anpassungen infolge des Neuzuschnitts einzelner Ministerien haushalterisch nachvollzogen und noch im laufenden Jahr erste politische Weichenstellungen der neuen Landesregierung umgesetzt.

Trotz der andauernden Krisen und den damit verbundenen immensen finanziellen Belastungen für den Landeshaushalt stellt die Landesregierung mit dem Entwurf des Nachtragshaushalts 2022 mehr Geld für zentrale Projekte zur Verfügung.

Die geänderten Rahmenbedingungen machen es uns dies wahrlich nicht leicht. Ausgabendisziplin, eine klare Priorisierung von Ausgaben-schwerpunkten im Rahmen der bestehenden Handlungsspielräume und eine solide Finanzierung des Landeshaushalts bleiben deshalb die Eckpfeiler unserer Haushaltspolitik. Dabei müssen wir feststellen, dass auf der einen Seite die Rufe nach vielfältiger staatlicher Unterstützung deutlich zunehmen, während auf der anderen Seite eine Eintrübung der Konjunktur nicht auszuschließen ist. Für die Aufstellung von staatlichen Haushalten und Finanzplanungen bedeutet dies, dass hier weiterhin mit Weitsicht und Augenmaß kalkuliert werden müssen.

Der Nachtragshaushalt hat Schwerpunkte auf den Themen Bildung, Sicherheit, Klimaschutz und Folgen des Ukraine-Krieges.

Bildung:

Mit dem Nachtragshaushalt 2022 geht die Landesregierung noch im laufenden Jahr die im Koalitionsvertrag vereinbarte erste Stufe der schrittweisen Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A 13 an. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Unterstützung für aus der Ukraine Geflüchtete, insbesondere der Kinder.



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus der Landesregierung

Klimaschutz:

Nordrhein-Westfalen produziert bundesweit nicht nur am meisten Energie, wir verbrauchen auch am meisten. Daraus erwächst eine erhebliche Verantwortung für die Energiewende und den Klimaschutz. Um unser Land auf dem Weg zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas voranzubringen, stellen wir 200 Millionen Euro zur Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen für die nordrhein-westfälische Industrie bereit.

Mit dem Nachtragshaushalt 2022 setzt die Landesregierung erste Schwerpunkte in dieser Legislaturperiode. Der Nachtragshaushalt hat ein Volumen von rund 897 Millionen Euro. Daneben wird auf alle bisher im Haushalt 2022 vorgesehenen Kompensationen aus dem NRW-Rettungsschirm Corona verzichtet. Auch der Nachtrag zum Haushalt 2022 kommt weiterhin ohne neue Schulden.



Sicherheit:

Mit dem Nachtragshaushalt wird auch der Hochwasser- und Katastrophenschutz gestärkt. So sollen eine neue Zentrale Landesstelle für den Katastrophenschutz gegründet, der präventive Hochwasserschutz gestärkt und die grün-blaue Infrastruktur ausgebaut werden. In den Bereichen Katastrophenschutz, Klimaanpassung, Energiewende und Hochwasserschutz werden rund 250 neue Stellen eingerichtet. Im Innenministerium wird zudem die Einheit Cyber-Sicherheit verstärkt. Im Polizeibereich werden die Einstellungsermächtigungen nochmals um 400 auf dann 3.000 jährlich erhöht.



NRW stärkt Gewaltschutz für Menschen mit Behinderung



Zusammen mit zentralen Akteuren, die sich im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen für die Stärkung des Gewaltschutzes in der Behindertenhilfe einsetzen, hat Sozialminister Karl-Josef Laumann im Rahmen einer Auftaktveranstaltung eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet und damit die Landesinitiative „Gewaltschutz Nordrhein-Westfalen“ ins Leben gerufen. Das gemeinsame Ziel der Institutionen und Organisationen, die diese Absichtserklärung unterzeichnet haben und bei dieser Landesinitiative zusammenarbeiten, ist, die Menschen in der Behindertenhilfe wirksamer vor Gewalt zu schützen. Unter dem Dach der Initiative werden bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2027 konkrete Maßnahmen vorbereitet und umgesetzt werden, um Gewalthandlungen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu vermeiden und zu mehr Selbstbestimmung, Teilhabe und Lebenszufriedenheit von Menschen mit Beeinträchtigungen beizutragen.

Optimaler Gewaltschutz in der Behindertenhilfe kann nicht im Alleingang umgesetzt werden. Gemeinsam wollen wir den Gewaltschutz in den nordrhein-westfälischen Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen nachhaltig verbessern und stärken. Denn jeder Mensch hat das Recht auf ein gewaltfreies Leben. Ereignisse der Vergangenheit haben gezeigt, dass wirksamere Schutzmechanismen und bessere Instrumente der Aufarbeitung von Vorkommnissen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen erforderlich sind.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus der Fraktion

Landtag stärkt Umweltschutz: Einführung von Umwelt-Schecks beschlossen

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat auf Antrag der Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN beschlossen, so genannte „Umwelt-Schecks“ einzuführen. Damit sollen vor Ort Projekte für den Arten- und Naturschutz unterstützt werden.

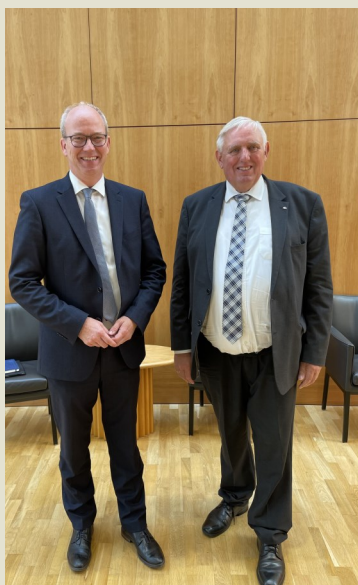
Mit den bekannten und beliebten „Heimat-Schecks“ fördert das Land bereits vor Ort Projekte, die Gemeinschaft stärker und das Quartier lebenswerter machen. Das Programm ist inzwischen ein Renner. Mit einer Finanzspritze von 2000 Euro wird möglich gemacht, was für die Menschen ein großer Gewinn in ihrem Lebensumfeld ist.

Die CDU hatte vor der Landtagswahl versprochen, dass wir dieses Erfolgsmodell ausweiten und auch ehrenamtliche Projekte für den Arten- und Naturschutz fördern wollen. Es ist gut, dass wir unseren Koalitionspartner schnell davon überzeugen konnten, dass wir dieses Versprechen jetzt gemeinsam einlösen.

Mit den Umwelt-Schecks wollen wir Ideen - die es in Nordrhein-Westfalen und bei uns vor Ort reichlich gibt - Wirklichkeit werden lassen. Mit der Landesförderung können Privatleute, Initiativen sowie Bildungseinrichtungen zum Beispiel Wildblumenwiesen säen, Nistkästen und Insektenhotels bauen oder Bürgerwälder anlegen. Ein Sprichwort besagt: ‚Viele kleine Leute, die an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern.‘ Deshalb ist es uns ein Anliegen, diese kleinen Dinge zu unterstützen und so gemeinsam mit den Menschen großes zu bewirken.



Konstituierende Sitzung AK Arbeit, Gesundheit und Soziales



Im Landtag fand die 1. und konstituierende Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales statt. Daniel Hagemeyer freut sich als stellvertretender Ausschussvorsitzender gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen auf die fachpolitische Arbeit im Ausschuss. In der ersten Sitzung führte Minister Karl-Josef Laumann in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Soziales in der 18. Wahlperiode ein.



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus der Fraktion

Förderprogramm für Forstbetriebsgemeinschaften

Der NRW-Landtag hat die Landesregierung auf Antrag der Zukunftscoalition von CDU und Grünen beauftragt, ein unkompliziertes und praxisorientiertes Förderprogramm für Forstbetriebsgemeinschaften aufzulegen. Denn Nordrhein-Westfalen ist das Kleinprivatwaldland schlechthin. Rund 63 Prozent der Waldfläche sind im privaten Besitz.

Viele der rund 150.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sind in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen wie beispielsweise Forstbetriebsgemeinschaften organisiert. Diese wiederum werden fast ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement getragen. Doch die Waldbesitzenden stehen derzeit massiv unter Druck. Der Grund: Mehrere Dürrejahre, massive Schäden durch Borkenkäfer und Neustrukturierungen bei der Beförsterung, die zu zusätzlichen Aufgaben führen, bringen sie an ihre Belastungsgrenzen. Insbesondere das ehrenamtliche Engagement steht vor immer größeren Herausforderungen: Förderanträge, Abrechnungen, Ausschreibungen, Besteuerung.

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse mit einem Sofortprogramm entlasten und unterstützen. Dadurch wollen wir die Zusammenschlüsse erhalten, ihre Arbeitsfähigkeit fördern und versuchen, bei den Waldbesitzenden die Freude am Wald und Waldverwaltung zu erneuern.“

Die Waldbesitzerinnen und -besitzer in Nordrhein-Westfalen sind zur Bewältigung der Waldschäden in den vergangenen drei Jahren über die Extremwetterrichtlinie mit mehr als 100 Millionen Euro unterstützt worden. Allerdings bleiben die Folgen von Trockenheit und Schädlingsbefall herausfordernd. Deshalb haben wir den Zugang zu dem für 2022 mit 45 Millionen Euro gefüllten Fördertopf zu Beginn dieser Legislaturperiode vereinfacht. Zudem müssen sich die Waldbäuerinnen und -bauern im Hinblick auf Holzvermarktung und Beförsterung organisatorisch neu aufstellen. Deshalb brauchen vor allem diejenigen, die nur kleine Flächen ihr Eigen nennen, Unterstützung – und zwar sowohl für ihr Engagement im Wald als auch am Schreibtisch. Die wollen wir den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen auf möglichst einfache Art und Weise gewähren.

Engagement für den Erhalt von Sprach-Kitas

Frühkindliche Sprachförderung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, für unseren Kleinen und Kleinsten die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungsbiografie zu legen. Der Landtag hat deshalb über die zukünftige Förderung der Sprach-Kitas in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Hintergrund ist, dass der Bund überraschend und mit kurzem Vorlauf angekündigt hat, die Bundesmittel ab Januar 2023 zu streichen. In Nordrhein-Westfalen fehlen dann knapp 50 Millionen Euro für die Fachkräfte zur Sprachförderung.

Klar ist: Sprach-Kitas sind ein echter Integrationsmotor für unser Land. Fast jede achte Kindertagesstätte in



Deutschland ist inzwischen Sprach-Kita. Sie sind ein wichtiger Beitrag für gleichwertige Startchancen im ganzen Land. Deshalb war es ein richtiges Zeichen, dass die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Weiterentwicklung und Verstetigung des Sprach-Kita-Programms vereinbart hatte. Jetzt ist von heute auf morgen keine Rede mehr davon und die Mittel für die frühkindliche Sprachförderung werden mit einer Frist eingestampft, die den Bundesländern eine Suche nach eigenen Lösungen praktisch unmöglich macht. Das Land Nordrhein-Westfalen zahlt bereits jedes Jahr 100 Millionen Euro für die Sprachförderung in Kitas. Jetzt ist Berlin gefragt, mindestens eine faire Übergangslösung zu finden, damit wichtige verdiente Fachkräfte nicht auf der Straße landen.

Es ist deshalb gut, dass sich die Landesregierung im Gespräch mit der Bundesregierung für eine Lösung für eine Fortführung des Programms engagiert. Das Poltern gegen die Landesregierung durch die Opposition ist durchschaubar und hilft den Kindern, Kitas, Eltern und Fachkräften keinen Schritt weiter. Es sollte auch im Interesse der Opposition sein, den Weg der konstruktiven Zusammenarbeit zu gehen, statt nach politischer Profilierung auf Kosten von Kindern zu suchen.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus der Landesregierung

NRW Corona-Regeln ab dem 1. Oktober

Nordrhein-Westfalen wird von den ab dem 1. Oktober bestehenden Möglichkeiten, zusätzliche Corona-Schutzmaßnahmen anzuordnen, vorerst keinen Gebrauch machen. Insbesondere die mögliche generelle Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen wird das Land nicht anordnen. Das bedeutet: Die Landesverordnungen bleiben auch nach dem 1. Oktober inhaltlich im Wesentlichen unverändert.

Derzeit zeichnet sich die Pandemiesituation durch eine weitgehend stabile Lage aus - auch wenn die Zahlen in den letzten Tagen angestiegen sind. Diese Entwicklung beobachten das Land sehr genau - gerade was die Belastung der Krankenhäuser durch Corona-Patienten und Personalausfälle angeht. Im Moment sind die Zahlen im Vergleich zum Frühsommer aber niedrig. Verbindlich vorzuschreibende schärfere Schutzmaßnahmen wären deshalb derzeit nach Einschätzung der Landesregierung nicht verhältnismäßig.

Dass wir derzeit vor allem auf eine zwingende, generelle Maskenpflicht in Innenräumen verzichten, bedeutet nicht, dass es aktuell keine Risiken gibt. Durch das Tragen einer Maske schützt man nach wie vor die eigene Gesundheit und die seiner Mitmenschen. Schwere Verläufe sind bei der Omikron-Variante zum Glück zwar die Ausnahme, aber Infizierte klagen durchaus über mitunter länger anhaltende gesundheitliche Einschränkungen nach einer Infektion. Auch Personalausfälle sind ein Problem. Deshalb sind wir alle aufgerufen, unsere Erfahrungen aus zweieinhalb Jahren Pandemie durch einen verantwortlichen Selbstschutz umzusetzen. Dazu gehört auch, sicherzustellen, dass man einen Impfschutz hat, der den STIKO-Empfehlungen entspricht.

Ergänzend zu den Bundesregelungen schreibt die Corona-Schutzverordnung für Nordrhein-Westfalen ab dem 1. Oktober vor:

- In Innenräumen gilt bis auf weiteres keine generelle Maskenpflicht. Dies gilt auch für Schulen und Kindertageseinrichtungen. Für Schulen bleibt es bei einer Empfehlung zum Tragen einer medizinischen Maske (sogenannte OP-Maske).
- Die Maskenpflicht im ÖPNV (medizinische Maske) bleibt wie bisher erhalten.
- Die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske gilt auch für Beschäftigte in Einrichtungen, in denen der Bund für Besucherinnen und Besucher eine bundesweite FFP-2-Maskenpflicht vorschreibt (Arztpraxen und ähnliche medizinische Behandlungseinrichtungen). Auch dies entspricht den bisherigen Landesregelungen.
- Auch in staatlichen Einrichtungen zur gemeinsamen Unterbringung vieler Menschen (zum Beispiel Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte, Gemeinschaftsunterkünfte für Wohnungslose) bleibt die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske in Innenräumen bestehen.
- In allen Fällen, in denen sich die Maskenpflicht aus der Landesverordnung ergibt, ist demnach weiterhin wenigstens eine medizinische Maske erforderlich. Auch die bekannten Ausnahmen für Kinder und in bestimmten Situationen (notwendige Nahrungsaufnahme, Einsatzsituationen, Gehörlosenkommunikation etc.) bleiben bestehen.
- Die meisten Testpflichten, die bisher in der Landesverordnung geregelt waren (v.a. für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen), ergeben sich künftig direkt aus dem Infektionsschutzgesetz des Bundes. Ergänzend bleiben die Landesregelungen zu Testpflichten in staatlichen Unterbringungseinrichtungen und im Strafvollzug etc. (mit den bisherigen Ausnahmemöglichkeiten für immunisierte Personen) bestehen.
- Für immunisierte Beschäftigte in Pflegeheimen und Krankenhäusern regelt die Landesverordnung eine Ausnahme von den Testpflichten des Bundes; hier sind wie bisher zwei Selbsttests pro Woche ausreichend. Auch für räumlich abgetrennte Krankenhausambulanzen und kurzfristige Einrichtungsbesuche ohne Kontakt zu Bewohnerinnen/Bewohnern oder Patientinnen/Patienten gelten wie bisher in Nordrhein-Westfalen Ausnahmen von der Testpflicht.

Die Test-und-Quarantäneverordnung wurde ebenfalls ohne wesentliche Änderungen verlängert. Auch künftig gilt: Wer positiv getestet ist, muss grundsätzlich zehn Tage in Isolation. Nach fünf Tagen besteht die Möglichkeit der Freitestung. In Nordrhein-Westfalen ist hierfür weiterhin ein negativer offizieller Coronaschnelltest oder ein PCR-Test (negativ oder mit einem Ct-Wert > 30) erforderlich. Ein selbst durchgeführter Test reicht nicht aus. Die Freitestung bleibt nach den bundesrechtlichen Regelungen auch zukünftig kostenfrei.

Die Regelungen treten am Samstag, 1. Oktober, in Kraft und gelten zunächst bis zum 31. Oktober 2022.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus dem Wahlkreis

13 zusätzliche Stellen für die Polizei im Kreis Warendorf

Durch die hohen Einstellungszahlen der vergangenen Jahre sowie die Möglichkeit zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte erhöht sich das Verteilpotenzial landesweit abermals um 250 Kräfte.

„Im Vergleich zur Bruttokräfteverteilung 2016 stehen den Kreispolizeibehörden zudem rund 2.600 Stellen für Regierungsbeschäftigte zur Verfügung“, so die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer und Markus Höner. „Für die Warendorfer Kreispolizeibehörde bedeutet diese einen (Plan-)Stellenzuwachs von 426,57 in 2021 auf 440,00 in 2022. Hierunter fallen sowohl Polizeivollzugsbeamte als auch Regierungsbeschäftigte.“

Die beiden Christdemokraten freuen sich darüber, dass die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes sich auch durch hohe Neueinstellungszahlen bei der Polizei bemerkbar macht: „Die Landesregierung wird in enger Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und Gewerkschaften eine Modernisierungsinitiative erarbeiten und durchführen.“



Ennigerloher Louis Jasper fährt zum Jugendlandtag

Demnächst tauschen sie die Stühle: Beim 12. Jugend-Landtag, der vom 27. bis zum 29. Oktober in Düsseldorf stattfinden wird, nimmt Louis Jasper den Sitz von Daniel Hagemeyer ein. Unter allen Bewerbern, die am diesjährigen Jugend-Landtag teilnehmen wollen, hat der heimische CDU-Abgeordnete den 17jährigen Ennigerloher ausgewählt, der

derzeit die Q2 des Kopernikus-Gymnasiums in Neubeckum besucht und im kommenden Sommer sein Abiturzeugnis in Händen halten will. Vorher aber steht der Jugend-Landtag im Kalender von Louis Jasper, der sich auch in der wiederbelebten Jungen Union Ennigerloh's engagiert. „Debattieren, argumentieren und Themen erarbeiten macht mir sehr viel Spaß“, freut sich Louis Jasper schon auf die Tage in Düsseldorf und dankt Daniel Hagemeyer für die Chance, am 12. Jugend-Landtag teilnehmen zu dürfen. „Ganz besonders freue ich mich auf die abschließende Plenarsitzung“, macht Jasper deutlich. „Natürlich sind wir alle keine Berufspolitiker. Ich glaube trotzdem, dass die Tage in Düsseldorf sehr spannend werden.“

Nach Abschluss des Jugend-Landtags werden die gewählten Abgeordneten über dessen Beschlüsse umfassend informiert. „Die Beteiligung junger Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben ist mir ein Herzensanliegen. Der Jugend-Landtag ist ein wichtiges Instrument, um parlamentarische Abläufe vor Ort und in der Praxis kennenzulernen. Ich freue mich, dass Louis Jasper meinen Wahlkreis vertreten wird und werde die Beschlüsse in meine weitere Arbeit als Abgeordneter einfließen lassen.“



Politik drei Tage hautnah erleben

Louis Jasper vertritt Daniel Hagemeyer im Landtag

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeier

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus dem Wahlkreis

Gespräch mit Mitarbeitern von Impulse e.V.

Warendorf. „Sie leisten wertvolle Arbeit“, stellte der CDA-Kreisvorsitzende Daniel Hagemeier den Mitarbeitern von impulse e.V. bei seinem Besuch ein hervorragendes Zeugnis aus.

Zusammen mit den beiden stellvertretenden CDA-Kreisvorsitzenden Ann-Sophie Pachal und Manuel Ostermann machte sich der heimische CDU-Landtagsabgeordnete jetzt vor Ort in Warendorf ein Bild von der Arbeit bei impulse und bekam einige Anregungen mit auf den Weg, wie Politik und andere Akteure die Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Menschen auf dem Weg zum (Wieder-)Einstieg in den Beruf verbessern könnte. So sei es beispielsweise keineswegs hilfreich, dass Maßnahmen oft nur für die Dauer von wenigen Monaten vergeben würden. Immer wieder käme es so zu Situationen, dass die betroffenen gerade erst Vertrauen zum Berater gefasst hätten, die Maßnahme aber wieder enden müsse. „Die kurzfristigen Beauftragungen durch das Jobcenter oder die Agentur für Arbeit sind nicht hilfreich und nicht zielführend“ ist Sandra Rieksmeier-Pütz überzeugt. „Wir wollen Hoffnung und Perspektive geben und eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Dafür ist mitunter eine lange Betreuungszeit notwendig“, weiß die Bereichsleiterin Arbeitsmarkt bei impulse.



Geschäftsführerin Anika Winnands würde sich zudem mehr ganzheitliche Unterstützung und verstärkte Zusammenarbeit verschiedener Akteure wie Jobcenter und Jugendamt wünschen, um die Zielgruppe gemeinsam in den Blick zu nehmen. Das unterstützt Bildungsberater Tullio Paltrinieri: „Die Ausbildungsreife von jungen Menschen war vor zehn Jahren höher als heute.“

Auch in Sachen „Teilzeit-Ausbildung“ beispielsweise für Alleinerziehende oder pflegende Angehörige sieht Winnands Verbesserungsbedarf, sei doch die Berufsschulzeit nicht reduziert. Würden ausländische Berufsabschlüsse von der Bezirksregierung nur teilweise anerkannt, gebe es in der Praxis oft Schwierigkeiten bei der Nachqualifizierung. „Entsprechende Angebote fehlen oft“, weiß Sandra Rieksmeier-Pütz, sie seien für Bildungsträger oftmals nicht wirtschaftlich durchführbar.

Die Anregungen aus dem Gespräch bei impulse will Daniel Hagemeier in die politische Diskussion in Düsseldorf einbringen, aber auch vor Ort gemeinsam mit seinen CDA-Vorstandskollegen thematisieren, um möglicherweise regionale Kooperationen anstoßen zu können.



Warendorfer Hengstparaden 2022

Beste Stimmung und traumhaftes Wetter sorgten für einen perfekten Rahmen am zweiten Tag der Hengstparaden im NRW-Landgestüt in Warendorf.

Gemeinsam mit Staatssekretär Dr. Martin Berges, Gestütsleiter Dr. Felix Austermann und dem Präsidenten des Landessportbundes Stefan Klett konnte Daniel Hagemeier die faszinierende und traditionsreiche Show vor fast ausverkauften Rängen nach zweijähriger Unterbrechung erleben. Ein großes Dankeschön gilt dem gesamten Team des NRW-Landgestüts! Kommentator Carsten Sostmeier brachte es auf den Punkt: „Hier in Warendorf da bin ich Pferd, hier will ich sein!“

Gespräch mit Mitgliedern Werkstattbeirat Freckenhorster Werkstätten

Mehr stationäre Wohnheim-Plätze für Menschen mit Behinderungen auch im Kreis Warendorf: Dafür kämpfen Monika Rüschenbeck und Theo Teigeler, beide Mitglieder im Werkstattbeirat der Freckenhorster Werkstätten, schon seit Jahren. Zukünftig können sie dabei auf die Unterstützung von Daniel Hagemeier zählen. Der heimische Landtagsabgeordnete ist in der CDU-Fraktion Beauftragter für Menschen mit Beeinträchtigungen sowie stellvertretender Ausschussvorsitzender für den Fachbereich Arbeit, Gesundheit, Soziales und sicherte jetzt bei einem Treffen in Wadersloh zu, ein Gesprächsformat mit allen Beteiligten ins Leben rufen zu wollen.

Ein starres Beharren auf der Formel „Ambulant vor stationär“ nütze gerade schwerst mehrfachbehinderten Menschen nichts, weiß Monika Rüschenbeck: „Es gibt Menschen, die brauchen eine stationäre Einrichtung, weil sie eine Rundumbetreuung brauchen.“ Eine Botschaft, die Daniel Hagemeier auch schon von anderen betroffenen Familien zu Ohren gekommen ist. „Wir müssen diesem wichtigen Thema eine große Bühne geben“, ist er überzeugt. „Es muss sich etwas verbessern und verändern.“



Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de